

die Stammesunterschiede geltend. Insbesondere der schwäbische Kreis, der nach Sprache, Abstammung und Eigenart dem württembergischen Oberland nahe, aber nicht Altbayern nahe, wollte seine Kreisregierung behalten und hemmte sich mit Händen und Füßen gegen die Verbindung mit München. Die Schwaben forderten sehr energisch, daß die Regierung sie in Ruhe lassen und die Zusammenlegung zu verschieben solle, wo sie angebracht sei, nämlich in der Oberpfalz, in Nieder- und Oberbayern sowie in den drei fränkischen Kreisen, die gleichen Stammes und gleicher Art sind. Auch die Handwerks- und Bauernkammern wehrten sich mit Verdrüsslichkeit gegen ihre Beschränkung oder Beseitigung. Man zog sehr scharf gegen Dr. Heid von Veder und warf ihm vor, daß er, der im Reich für den Föderalismus kämpfe und den Zentralismus verdamme, in Bayern selbst zentralistische Tendenzen verfolge. Der Ministerpräsident ließ sich aber nicht einschüchtern, sondern handelte nach dem Grundsatze: Ziel erkannt, Kraft gespannt! Er fand bei seinen Bemühungen schließlich auch in einschlägigen parlamentarischen Kreisen insofern Unterstützung, als diese sich zu der Erkenntnis aufschwangen, daß auf dem zerstückelten Boden der Parteipolitik eine betriebsame Verwaltung der Aufgabe nicht erreichbar sei. Der deutschnationalen Abgeordnete Dr. Hilpert sprach als erster im Landtage seine Weherzeugung dahin aus, daß die Vereinfachung und Zentralisierung der Verwaltung sich überhaupt nicht auf parlamentarische, sondern nur auf autoritären Wege regeln lasse. Im weiteren Verlauf dieser Einsicht bewilligte dann der Landtag der Regierung ein von ihr gefordertes Ermächtigungsgesetz, das dem Gesamtministerium die Vollmacht erteilt, im Einvernehmen mit einem vom Landtage zu wählenden Ausschusse die Einrichtungen aller staatlichen Behörden und Anstalten durch Zusammenlegung, Aufhebung oder Vereinfachung zu vereinfachen, das Verfahren vor den Behörden zu vereinfachen und die Sparmaßnahmen auch bei den berufständlichen Vertretungen durchzuführen.

Das war in diesem Sommer. Seitdem ist an dem Reformentwurf emsig gearbeitet worden, und er hat nun nach den darüber erlangenen Mitteilungen folgende Gestalt erhalten: Von den Ministerien werden das Sozial- und das Handelsministerium zusammengelegt mit dem Ministerium des Meeres, das dann die Reichsregierung erhält. Ministerium für Meeres, Arbeit und Wirtschaft. Das Landwirtschaftsministerium bleibt bestehen; hier hat also die Opposition des Bauernbundes sich durchgesetzt. Von den Kreisregierungen werden zwei eingezogen. Niederbayern wird mit der Ober-

pfalz vereinigt; Regierungssitz in Regensburg. Ober- und Mittelbairern werden unter einer gemeinsamen Regierung in Nürnberg verbunden. Durch diese Neuordnung verlieren Ansbach, Bayreuth und Landshut ihren bisherigen Charakter als Regierungsbezirke. Der schwäbische Kreis behält zunächst sein Eigenleben. Außerdem werden beibehalten: 24 Kreisregierungen, 24 Verwaltungsämter und 17 Hochämter. Ferner sollen zwei Oberlandesgerichte, Augsburg und Bamberg, sowie zwei Landgerichte der Reform zum Opfer, dazu auch noch 21 Amtsgerichte. Eine Reihe von Hochschulprofessuren wird ebenfalls abgebaut. Neben dieser Verminderung des behördlichen Apparates soll auch noch eine wesentliche Erweiterung der Selbständigkeit der einzelnen Behörden und eine starke Vereinfachung des Instanzenzuges vorgenommen werden. Die gesamten Ersparnisse durch die Reform werden auf 15 bis 20 Millionen geschätzt.

Die Durchführung der Verwaltungsreform wird zur Verbesserung des bayerischen Verhältnisses zum Reich wesentlich beitragen, auch wenn die kritische Betrachtung zu dem Ergebnis kommen sollte, daß noch allerlei mehr hätte geschehen können. Zunächst ist jedenfalls ein Anfang gemacht, auf dem sich weiterbauen läßt, und dieser Anfang ist um so verheißungsvoller, als überhaupt in den letzten Münchener Kreisen die Stimmung gegenüber dem Reich entschiedenere Fortschritte im Sinne einer Verständigung auf der ganzen Linie gemacht hat. Dafür zeugt u. a. die Tatsache, daß der bayerische Landwirtschaftsminister Dr. Febr im Landtage der Reichsregierung den Dank der bayerischen Landwirtschaft für die ihr in den letzten Jahren aus Reichsmitteln gestiftete Hilfe ausgesprochen hat. Wenn Dr. Febr diesem Danke eine Kritik der Mängel des Dotationsstems anfügte, das die Länder zu Lehensabhängern des Reiches macht, so muß man ihm auch darin beistimmen. Es herrscht heute wohl so ziemlich auf allen Seiten Uebereinstimmung darüber, daß das Uebervolumen der finanziellen Selbstverantwortlichkeit der Länder und Gemeinden schwer beeinträchtigt, und daß daher der endgültige Finanzausgleich eine Regelung treffen muß, welche die Länder und Gemeinden in ihrer Finanzgebarung auf eigene Füße stellt und damit eine Quelle bayerischer Mißhelligkeiten, die vor allem die Beziehungen Bayerns zum Reich trüben, verstopft. Im übrigen ist daran zu erinnern, daß die gesamten Verwaltungsstellen im Reich, Ländern und Gemeinden annähernd 6 Milliarden betragen. Nach Bayern müssen also auch die übrigen deutschen Gemeinwesen mit der Verwaltungsreform Ernst machen.

### Die Streikhilfe in der Zigarrenindustrie.

Bedarfsdeckung im Auslande.  
Berlin, 25. Nov. Der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beschloß gestern, wie berichtet, den ausgesperrten Arbeitern und Arbeiterinnen der Zigarrenindustrie die Bundeshilfe zu gewähren. Zu diesem Zweck führen alle Bundesverbände jede Woche 10 Mio. pro männlichen und 5 Mio. pro weiblichen Mitglied an die Bundeskasse ab. Diese Beiträge sollen vom Bundesvorstand entsprechend erhöht werden, falls die Aussperrung einen größeren Umfang annehmen sollte.

Von den rund 80.000 Aussperrten in der Zigarrenindustrie gehören 50.000 den gewerkschaftlichen Organisationsstellen an, die also, abgesehen von der Streikunterstützung durch ihre eigenen Verbände, durch den A. D. G. B. eine Wochenbeihilfe von rund 20 M. erhalten können. Unter diesen Umständen könnte damit gerechnet werden, daß sich der Kampf bis ins nächste Jahr hinziehen kann. Die 30.000 unorganisierten Zigarrenarbeiter und -arbeiterinnen fallen ihren Heimatsbehörden, also in erster Linie den Kommunalverwaltungen, zur Last. Sie können Erwerbslosenerstützung nicht erhalten, da die gesetzlichen Vorschriften das ausschließen, sondern beziehen Unterstützung aus dem Wohlfahrtsfonds. Da kaum ein Drittel der deutschen Zigarrenindustrie arbeitet, zu Weihnachten aber sämtliche Detailgeschäfte erheblichen Bedarf haben, haben sehr viele Firmen, um sicher zu gehen, erhebliche Posten von Tabaklieferanten aus dem Auslande bezogen.

Wie verlautet, hat das Reichsarbeitsministerium heute Morgen zu einer Aussprache über die kritischen Fragen für Mitte nächster Woche aufgefodert.

### Die Besoldungsdebatten im Hauptausschuß.

Berlin, 25. Nov. Der Hauptausschuß des Reichstages legte heute die Beratung der Besoldungsordnung bei Gruppe 4b fort (2800 bis 5000 M.). Wohnungsgehaltszuschuß 4 und 5. Es war u. a. von den Regierungsparteien beantragt worden, folgende neue Besoldungsgruppe einzufügen: 4b 4100 bis 5000 M., Wohnungsgehaltszuschuß 4. Unter Ablehnung anderer Anträge wurde nach längerer Debatte beschlossen, denjenigen Beamten, die nach dem 31. März 1928 geltenden Besoldungsbestimmungen zwar bis zum 31. März 1929 in die frühere Klassenlaufbahn eingetreten sind, aber nach den Bestimmungen über die Ablegung der Sonderprüfung nicht zugelassen werden dürfen, in den Grenzen des gesetzlichen Vermögens die Möglichkeit zur Ablegung der vollen Prüfung für den gehobenen mittleren Dienst zu geben. Ferner wurde einstimmig beschlossen, die Prüfungsfrik in der Besoldungsgruppe A 1c bis zum 30. Februar 1928 zu verkleinern. Dagegen wurden die übrigen Anträge und Entschlüsse der Regierungsparteien zu Gruppe 4 genehmigt.

Abg. Lude (Wirtsch. Berga.) beantragte, das Gehalt in Gruppe 3a von 4200 auf 6000, in 3b von 4400 auf 6700 M. aufsteigen zu lassen. Entsprechend sollen die Gehälter der Gruppen 1 und 2 vermindert werden, um die ersparten Summen auf die unteren Gruppen zu verteilen. Der Redner wünscht an, er werde auch beantragen, die Distanz zu kürzen. Die Abgeordnete Altschott und Morath (D. V.) zeigten, daß die Dienstverpflichtung der Beamten sich durch solche Abzüge steigern werde. Man trage durch solche Anträge einen Zweifelspunkt in die Beamtenliste. Ministerialrat Blich erklärte, die Annahme der Anträge Lude erfordere für das Reich mehr 2,2 Millionen, für die Post 4,8 Millionen, für die Reichsbahn, soweit bis jetzt hat erachtet werden können, für den Hauptantrag 42 Millionen, zusammen also 118 Millionen. Die Ersparnis aus diesen Anträgen bei den oberen Beamten beläuft sich für das Reich auf 570.000 M., für die Post auf 300.000 M. und für die Bahn auf 300.000 M., zusammen also auf etwas über 1 Million Mark. Abg. Lude (Wirtsch. Berga.) widersprach diesen Berechnungen. Weiterberatung Sonnabend.

Berlin, 25. Nov. Man rechnet damit, daß bis zum 1. Dezember im Reich und auch in Preußen die neue Besoldungsordnung verabschiedet ist, so daß die Beamten noch vor Weihnachten in den Genuß der höheren Bezüge kommen können.

### Änderung des Reichsverforgungsgesetzes.

Berlin, 25. November. Der Kriegsschädigtenausschuß des Reichstages beschäftigte sich heute mit einer Reihe von Einzelfragen des Reichsverforgungsgesetzes. Eine längere Aussprache entspann sich über die Frage der Kapitalabfindung. Ein Antrag der Sozialdemokraten, die kapitalisierte Rente wieder aufheben zu lassen, wenn sie durch die einbehaltenen Beiträge wieder getilgt ist, fand Ablehnung. Ein Antrag der Regierungsparteien, die Abfindungssumme in Höhe des dreifachen Jahresbetrages der Rente, den Witwen, die sich wieder verheiratet, kein nach der üblich anzusetzenden Witwenrente zu berechnen, wurde angenommen. Die Dienstrenten der ehemaligen Kapitulanten, die nach den Bestimmungen des RVO. bezahlt werden, wurde wie folgt festgesetzt: Für den Feldwebel auf 840 M., für den Sergeanten auf 600 M., für den Unteroffizier auf 600 M. und für den Gemeinen auf 450 M. Das bedeutet durchschnittlich eine Erhöhung um etwa 15 Prozent gegenüber den bisher gezahlten Renten.

### Ein Opfer der Phöbus-Affäre.

Berlin, 25. Nov. Obwohl der Bericht des mit der Untersuchung der sogenannten Phöbus-Affäre betrauten Sparkommissars noch nicht bekannt ist, werden bereits die ersten Folgen der in dieser Angelegenheit getroffenen Reichsbeschlüsse für die Öffentlichkeit erkennbar. Durch Verfügung des Reichswehrministers Dr. Geßler vom 12. November ist bei in diese Affäre verwickelte Leiter der Seetransportabteilung im Reichswehrministerium, Kapitän zur See Walter Vohmann, seines Postens enthoben und zur Verfügung des Chefs der Marineleitung gestellt worden. Sein Nachfolger ist Kapitän zur See Lohs, der bisher zur Dienstleistung beim Reichswehrministerium kommandiert war. Nach dieser Maßnahme des Reichswehrministers, die auf Grund einer Befragung mit dem Reichskanzler über den Inhalt des Untersuchungsberichts erfolgt ist, kann die Entlassung Vohmanns aus dem Dienste als bevorstehend betrachtet werden, falls er nicht selbst vorher seinen Abschied einbringt. Ob das von ihm selbst beantragte Disziplinarverfahren eingeleitet werden wird, ist noch nicht bekannt.

### Beendigung der Gefängnisrevolle in San Franzisko.

San Franzisko, 26. Nov. Die Revolte im kalifornischen Gefängnis in Solano ist beendet. Nachdem die Staatsmiliz gedroht hatte, das Gefängnis zu überschwemmen und die Gefangenen auszuhungern, ergaben sich die Sträflinge der Besetzung.

**STAATL. FACHINGEN**  
Blut-auffrischend, reinigt die Organe

## Der Reichsstädtebund gegen Dr. Schacht.

### Protestentscheidung der kleineren Städte.

Berlin, 25. Nov. Der Gesamtvorstand des Reichsstädtebundes hat folgende einstimmige Entscheidung gefasst: Es ist unverantwortlich, daß in der Öffentlichkeit, auch von amtlichen Stellen, wiederholt Vorwürfe gegen die Ausgaben- und Anleihepolitik der Gemeinden im allgemeinen erhoben werden, die geeignet sind, die Finanzwirtschaft aller Gemeinden im Inlande und Auslande in Miskredit zu bringen. Der Gesamtvorstand des Reichsstädtebundes weist im Namen der von ihm vertretenen mittleren und kleineren deutschen Städte derartige verallgemeinernden Vorwürfe als völlig unbegründet zurück. Diese Städte, denen die Mittel zu vielen notwendigen Ausgaben fehlen, haben bereits seit längerer Zeit ihre Ausgaben aufs äußerste eingeschränkt, und sind an den Auslandsanleihen nur bei den Sammelanleihen der Girozentrale mit geringen Anteilen beteiligt. Daß diese Anleiheinstrumente ausschließlich für produktive Zwecke bestimmt waren, ist durch die Genehmigung der Reichsanleihe, der auch der Reichsbankpräsident angehört, ausdrücklich anerkannt. Gleichen amtliche oder sonstige Stellen etwaige Einzelvorkommnisse öffentlich beanstanden zu müssen, so erwartet der Reichsstädtebund, daß künftig tonalermäßig diese Einzelfälle genannt und nicht unzulässig verallgemeinert werden, was für die Gesamtheit der Gemeinden unerträglich ist. (B.Z.)

### Für die wirtschaftliche Einheit Mitteldeutschlands.

Magdeburg, 25. Nov. Der Magdeburger Oberbürgermeister Reims hatte in die Neue Magdeburger Stadthalle zu einer großen öffentlichen Kundgebung für die wirtschaftliche und verwaltungsmäßige Einheit Mitteldeutschlands eingeladen. Der Einladung waren zahlreiche Behörden, Ver-

treter großer mitteldeutscher Städte, darunter Leipzig, von Danzelsammern usw. gefolgt. Nach einleitenden Worten des Oberbürgermeisters Reims unterbreitete Landesbankmann Dr. Gübener (Werbau) der Versammlung den Hauptkern des Materials, das die sächsische Provinzialverwaltung zusammengestellt hat, um die Notwendigkeit der Einheit Mitteldeutschlands und ihre Verwirklichungsmöglichkeiten nachzuweisen. Er zeigte, unterstützt durch zahlreiches Bildmaterial, wie zerfallen das mitteldeutsche Gebiet heute noch ist, obgleich fast der 17 Staaten, die noch 1815 an Mitteldeutschland Anteil hatten, heute nach dem Zusammenschluß Thüringens nur noch fünf Staaten da sind, nämlich der Freistaat Sachsen, Preußen, Anhalt, Braunschweig und Thüringen. Von den 128 Kreisen, die Deutschland insgesamt aufzuzählen hat, entfallen 49 auf Mitteldeutschland. Diese Zerissenheit führe, wie der Redner weiter darlegte, zu mancherlei rechtlichen Schwierigkeiten, in vielfach lächerlichen Verhältnissen. Ferner seien die wirtschaftlichen und verwaltungsmäßigen Mängel, die sich ergeben, so Verkehrs- und Ueberfülle der Verwaltung, Ueberhandnehmen der Interessen usw. Arge Schwierigkeiten bereite die Zerissenheit Mitteldeutschlands, A. B. in der Wasserwirtschaft, in der Abwässerungsorganisation. Die Anlagen liegen sich oft nur unter größten Mühen, oft gar nicht einmal zweckmäßig vornehmen, da alle mitteldeutschen Flüsse mehrfache Grenzen durchfließen. Ebenso litten die sachgemäßen Talsperrenbauten und die Energieerzeugung unter der Vielstaatlichkeit, natürlich auch das gesamte Verkehrs- und Gewerkschaftswesen, Wirtschaftsverbände und Organisationen, aber auch schon Behörden, so u. a. die Reichsbahn, die Landesfinanzämter hätten sich von diesen Unzulänglichkeiten befreit, indem sie ihre Arbeitsbezirke ohne Rücksicht auf die bestehenden Grenzen zu großen mitteldeutschen Einheiten zusammengefaßt hätten. Freilich seien nun wieder diese Zusammenfassungen sehr verschiedener Art, so daß von hier aus neue Verwirrung drohe und die einheitliche Zusammenfassung eine immer dringendere Aufgabe werde.

## Der Endkampf um die Deutsche Studentenschaft.

### Beckers erste Niederlage.

Als erste der 28 preussischen Studentenschaften hat die Studentenschaft der Bergakademie Clausthal zu dem neuen preussischen Studierenderecht des Kultusministers Dr. Becker Stellung genommen. Wie nicht anders zu erwarten war, hat sich die Studentenschaft einmütig gegen die Verschlimmerung der großdeutschen Studentenschaft und die Entziehung der öffentlichen Selbstverwaltung ausgesprochen. Bei einer Wahlberechtigung von 80,3 Prozent stimmten 21 Studenten gegen und lediglich 3 für das neue Studierenderecht. Der Kultusminister hat mit seiner Behauptung, die er in dem berühmten Weihnachtsverlaß an die preussischen Studentenschaften aufstellte, daß weiteste Kreise der Studentenschaft diese von ihm angeordnete Neuregelung wünschten, anscheinend etwas stark daneben gegriffen.

### Die Wiener Rektoren gegen Dr. Becker.

Wien, 25. November. Die Konferenz der Wiener Hochschulleitungen fasste zum Verfassungslampfer der deutschen Studentenschaft folgende Entschlüsse:  
Die an der Universität in Wien tagende Konferenz der Rektoren erklart in der geschlossenen Einheit der deutschen Studentenschaft des ganzen deutschen Sprachgebietes ein überaus wertvolles kulturelles Band und eine wichtige Stütze des Grenzlandsdeutschums in seinem schweren Existenzkampf. Es erklart die Rektorenkonferenz mit Sorge, eine die Studenten des gesamten deutschen Volkes umfassende Vereinigung in ihrem Bestande bedroht zu sehen. Die inneren Verhältnisse der vom Vaterlande abgeschnürten deutschen Volkshäuser sind so eigenartig und schwierig, daß sie aus der Ferne von dem weit größerem Stamme der Deutschen im Reich nur schwer richtig beurteilt werden können. Darum ist auch jede direkte oder indirekte Einwirkung auf sie nicht ratsam, sondern bedenklich. Die Rektoren werden die Studentenschaft in jeder Bestrebung unterstützen, die darauf abzielt (1) im Aufbau der Studentenschaft den gesamtdeutschen Gedanken und den Grundsatzen der Selbstverwaltung zu fähren. (2-11.)

### Oesterreich braucht neue Sicherungen.

Wien, 25. Nov. Im Pundnettschuß des österreichischen Nationalrates hielt der österreichische Abgeordnete Dr. Renner heute eine aufsehenerregende Rede über die außenpolitische Lage Oesterreichs, in der er u. a. feststellte, daß angesichts der Sturmzeichen auf der ganzen Linie Oesterreich zuzunehmen sein werde. Vorkehrungen zu treffen, die über das hinausgehen, was ihm im Rahmen der Friedensverträge gewährleistet sei, da erfahrungsgemäß der Bisterr-

bund meist an spät käme. Dr. Renner ging dann auf die historische Mission Oesterreichs ein, wobei er auf den Türken- und viele andere historische Ereignisse hinwies. Diese Mission auszuführen, sei heute für Oesterreich unmöglich. Es gäbe nur eine politische Befreiung, das sei der Anschluß an das Deutsche Reich. In seinen weiteren Ausführungen ging Dr. Renner auf die Gefährdung des Burenlandes und den italienisch-südslawischen Gegensatz ein, die beide, wie er anführte, eine Gefährdung für Oesterreich bedeuteten.

Nach den Ausführungen Dr. Renners sprach der großdeutsche Abgeordnete Dr. Straßner. Er betonte, daß Oesterreich ein politisch und wirtschaftlich ungelöstes Problem darstelle. Für Oesterreich sei es eine Notwendigkeit, beim Völkerverbund vertretung zu suchen. Der österreichische Völkerverbinder müsse bei jeder Gelegenheit den Völkerverbund auf das ungeklärte Problem Oesterreichs aufmerksam machen. Er müsse nach Ausland dahin insornieren, daß die österreichische Bevölkerung in ihrer überwiegenden Mehrheit das Problem im Sinne des Anschlusses an das Deutsche Reich gelöst wissen wolle.

Auf die alarmierende Rede Dr. Renners erwiderte Bundeskanzler Dr. Seipel beruhigend und gab dabei u. a. folgende Erklärung ab: In seiner Rede habe Dr. Renner darauf hingewiesen, daß die Beziehungen zu den Nachbarländern Oesterreichs die größte Aufmerksamkeit erforderten. Immer wieder würde von den Rärtern die Frage gestellt, ob die italienisch-südslawische Spannung von Einfluß auf Oesterreich sein könne. Zu verstehen sei, daß bei der Bevölkerung der Grenzbezirke Besorgnis herrsche, doch glaube er verfahren zu können, daß eine Gefahr für Oesterreich im Augenblick nicht besteht. Vor allem sei eine Besorgnis um das Burenland nicht am Platze.

Der Bundeskanzler kündigte dann für einen späteren Zeitpunkt Verhandlungen mit dem Deutschen Reich an über eine Verbesserung der beiderseitigen Handelsbeziehungen. In der jüngsten Aussprache mit den deutschen Staatsmännern in Wien habe dieser Fragenkomplex eine große Rolle gespielt. Dr. Seipel betonte mit großem Nachdruck das enge und gute Verhältnis zum Reich und hob hervor, daß sich bei dem Besuch des Reichskanzlers und des Reichsaußenministers über alle Fragen, die das gesamte deutsche Volk in Deutschland und Oesterreich angehen, eine vollständige Uebereinstimmung angeleitet habe.

### Eine badische Staatsmedaille.

Karlsruhe, 25. Nov. Das Staatsministerium beschloß, entsprechend dem Vorgehen Preußens, für besondere Verdienste um den Staat eine Staatsmedaille als Plakette zu verleihen. Die Medaille kann Einzelpersonen und Vereinigungen zuerkannt werden.